

# Beschlussbuch

## Parteitag SPD-Bezirk Braunschweig, 30.04.2011

### Inhaltsverzeichnis:

	Seite/n:
<b>Bereich Arbeit und Soziales</b>	
• AS 1 Fortschritt am Arbeitsmarkt	2-9
• AS 2 Öffentliche Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung als sozialdemokratische Projekte	10+11
• AS 3 Leiharbeit begrenzen	12
<b>Bereich Wirtschaft, Finanzen und Verkehr</b>	
• WFV 1 Deutschland gerechter regieren!	13-16
• WFV 2 Gleichstellung in der Privatwirtschaft	17
• WFV 5 Zweigleisiger Ausbau der Eisenbahnstrecke „Weddeler Schleife“ zwischen Braunschweig und Wolfsburg	18
• WFV 6 Bekenntnis der SPD zur RegioStadtBahn als Perspektive	18
• WFV 7 Sicherstellung eines attraktiven öffentlichen Personennahverkehrs	18
<b>Bereich Pflege- und Gesundheitspolitik</b>	
• PG 1 Kranken- und Pflegeversicherung als Bürgerversicherung gestalten - Versicherungspflichtgrenze und Beitragsbemessungsgrenze anheben.	20
• PG 2 Herausforderung Pflege als Chance begreifen!	21-23
• PG 3 Duales Ausbildungssystem Pflege	24
• PG 4 Änderung der Arznei-Zuzahlungsverordnung	24
• PG 6 Krebsregister (Antrag 2)	24
<b>Bereich Umwelt</b>	
• U 1 Resolution „Abschalten: Jetzt.“	25
• U 4 Atommülllager Asse II – Strukturierte, gut geplante Rückholung des Atommülls!	25+26
• U 5 Asse II Entschädigungsfond	26
• U 6 Schacht Konrad	26
• U 7 Sammelausschreibungen für regenerative Stromlieferungen	26
• U 8 Massentierhaltung / Hähnchenmastanlagen	27
<b>Bereich Bildung (B) und Landespolitik (LP)</b>	
• B 1 Resolution - Stabile und nachhaltige Zukunftschancen für Kinder, Jugendliche und Familien schaffen – durch mehr und bessere Bildung und Erziehung.	28-30
• B 3 Unentgeltliche Berufspraktika abschaffen	30
• B 4 Abschaffung der Mehrwertsteuer für Schulmensen	30
• LP 1 Erhalt der Stichwahlen	31
<b>Bereich Organisationspolitik und Satzungsänderung</b>	
• O3 Wahl von Delegierten und Ersatzdelegierten für den Bundesparteitag	32
• SAe 1 Satzungsänderung Bezirksvorstand	32

## AS 1 Fortschritt am Arbeitsmarkt

Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat sich der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zum Trotz positiv entwickelt. Unternehmer und Gewerkschaften, die Antikrisenpolitik der großen Koalition sowie die Strukturreformen der SPD-geführten Bundesregierung haben ihren Beitrag zu diesem Erfolg geleistet. Deutschland ist trotz eines wirtschaftlichen Einbruchs von Minus fünf Prozent im Jahre 2009 am Arbeitsmarkt sicher durch die Krise gekommen.

Gleichwohl gibt es in der Arbeitsmarktpolitik keinen Grund jetzt in Untätigkeit zu verharren.

Nach wie vor sind etwa 3 Millionen Menschen offiziell arbeitslos gemeldet. Nach wie vor gibt es vor allem einen verfestigten Sockel von Langzeitarbeitslosigkeit. Eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung zeigt, dass Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte weiterhin große Schwierigkeiten haben, in Beschäftigung zu kommen. Unsere Sozialsysteme benachteiligen junge Menschen und Frauen. Frauen stellen deshalb eine benachteiligte Bevölkerungsgruppe dar, weil de facto zahlreiche Weiterbildungsmaßnahmen an Erwerbstätigkeit gebunden sind. Wer hingegen keiner Erwerbsarbeit nachgehen kann, hat (weitgehend) keine Möglichkeiten der Weiterbildung, da die Beziehenden des ALG II größtenteils in Bedarfsgemeinschaften leben. Bei der Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit liegt Deutschland im OECD-Vergleich sogar auf dem vorletzten Platz. Zudem hängt der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen nach wie vor zu stark von ihrer sozialen Herkunft ab. Soziale Ungleichheiten verschärfen sich auch bei der Einkommens- und Vermögensverteilung rasant. Prekäre Arbeitsverhältnisse zu schlechten Löhnen und mit schlechter sozialer Absicherung nehmen zu. Durch die Kürzungen der Mittel (von über 20 Prozent allein 2011) und die Unterlassungen der schwarz-gelben Bundesregierung in der Beschäftigungspolitik droht unserem Land ein dauerhaft gespaltener Arbeitsmarkt: Während sich in einzelnen Branchen (aktuell vor allem bei Erziehung, Pflege, Gesundheit und in bestimmten technischen und naturwissenschaftlichen Berufen) bereits ein Mangel an qualifizierten Fachkräften abzeichnet, sind immer noch viel zu viele Menschen in Dauerarbeitslosigkeit abgehängt.

Es gilt jetzt umzuschalten: Von einer Strategie der Beschäftigungssicherung zu einer Politik für neue Arbeit in Deutschland.

Die Chancen, die sich jetzt im Aufschwung für mehr und bessere Arbeitsplätze bieten, dürfen nicht verspielt werden. Begünstigt durch eine nach wie vor starke industrielle Basis, große Potentiale in der Dienstleistungswirtschaft und durch die demografische Entwicklung hat unser Land die Chance, innerhalb der kommenden Dekade Vollbeschäftigung zu erreichen – und, nur wenn wir diese ehrgeizige Aufgabe im kommenden Jahrzehnt in Angriff nehmen, können wir in unserer älter werdenden Gesellschaft Wohlstand und soziale Sicherheit gewährleisten. Nur so wird es möglich sein, zunehmender sozialer Ungleichheit entgegen zu wirken. Deutschland muss dafür im Export mit modernen Produkten, Verfahren und Dienstleistungen wettbewerbsfähig bleiben und seinen Binnenmarkt durch Investitionen, Kaufkraft und neue Dienstleistungen nachhaltig stärken.

Neben der Wirtschafts-, Finanz-, Bildungs- und Infrastrukturpolitik muss auch die aktive Arbeitsmarktpolitik dafür jetzt die richtigen Weichen stellen. Es gilt, in Arbeit zu investieren, damit wir nicht dauerhaft Massenarbeitslosigkeit finanzieren müssen. Dazu gehören folgende Maßnahmen:

## 1. Vermittlungsoffensive für Jugendliche, Alleinerziehende, Ältere und Menschen mit Behinderung

Vor allem vier Personengruppen haben auf dem Arbeitsmarkt schlechte Vermittlungschancen: Jugendliche und junge Menschen mit Qualifizierungsbedarf, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderung und Ältere.

Jedes Jahr verlassen 65.000 junge Menschen unsere Schulen ohne einen Abschluss. 1,5 Millionen Jugendliche zwischen 20 und 30 Jahren haben keine berufliche Erstausbildung. Bei den Alleinerziehenden sind es zumeist Frauen, die schwerer auf dem Arbeitsmarkt zu vermitteln sind, aufgrund der derzeitig unzureichenden Möglichkeiten zur Vereinbarung von Familie und Beruf. 1,6 Millionen Alleinerziehende, davon 90 Prozent Frauen, sind auf dem deutschen Arbeitsmarkt strukturell benachteiligt. Die Beschäftigungsquote von Älteren konnte zwar in den letzten Jahren deutlich gesteigert werden, sie ist aber nach wie vor zu niedrig. Bei den 60 bis 64 Jährigen, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, liegt die Beschäftigungsquote gerade einmal bei 21,5 Prozent. Menschen mit Behinderung haben nach wie vor einen extrem schweren Stand auf dem Arbeitsmarkt. So sind sie auch weiterhin auf das Wohlwollen der handelnden Akteure angewiesen.

Es sind dementsprechend auch genau diese vier Personengruppen, die überproportional stark von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Hier müssen wir ansetzen, um mit gezielten Maßnahmen verfestigte Arbeitslosigkeit aufzubrechen.

- Um eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, ist eine spezialisierte Vermittlungsinitiative durch entsprechend geschulte Fallmanager notwendig. Dazu muss der Kontakt zu den Betrieben intensiviert werden, aber auch die Anzahl derjenigen, die engagiert und qualifiziert die Arbeitssuchenden unterstützen, massiv erhöht werden. Studien des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) haben gezeigt, dass bei einer zielgenauen Betreuung die Chancen der Vermittlung um ein Vielfaches höher sind. Ziel sollte deshalb ein besonderer Vermittlerschlüssel für Langzeitarbeitslose von 1 zu 75 zwischen Fallmanager und der Zahl der zu Betreuenden sein.
- Zusätzlich muss sich die Vermittlung von Frauen und insbesondere Alleinerziehenden mehr an der individuellen Lebenssituation und den jeweiligen Bedürfnissen orientieren. Dazu muss die Zusammenarbeit mit Betreuungseinrichtungen, den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe sowie anderen Hilfesystemen besser koordiniert werden. Nur so können alle Angebote vor Ort lückenlos und wirksam ineinander greifen.
- Der Faktor Arbeit hat einen hohen Stellenwert für die gesellschaftliche Akzeptanz von Menschen mit Behinderung. Dies gilt umso mehr für junge Menschen mit Behinderung. Aus diesem Grunde hat sich „Selbst Aktiv – Netzwerk behinderter Menschen in der SPD“, Bezirk Braunschweig dazu entschlossen, die Ausbildungsplatzinitiative „x plus1“ ins Leben zu rufen. Ziel dieser Initiative ist die Erschließung eines zusätzlichen Ausbildungsplatzes pro Betrieb/Verwaltung.

Wir appellieren an alle Verantwortlichen, insbesondere an die des Öffentlichen Dienstes, dieser Ausbildungsinitiative beizutreten und somit einen Beitrag zur Integration der benachteiligten Jugendlichen bei der Teilhabe am (Arbeits-)Leben zu leisten.

## 2. Aktion „Zweite Chance“

Jugendliche ohne Schulabschluss und/oder berufliche Ausbildung sind ein brachliegendes Kapital, das sich unsere Gesellschaft angesichts des demografischen Wandels nicht mehr leisten kann. Darum brauchen wir einen Aktionsplan, wie wir dieses Potential heben und Jugendlichen eine „Zweite Chance“ geben können. Im Kern muss es darum gehen, neue Wege zur Berufsqualifizierung zu eröffnen und einen Rechtsanspruch auf das Nachholen eines Schul- oder Berufsabschlusses zu gewährleisten.

Das Recht auf das Nachholen eines Hauptschulabschlusses muss als Pflichtleistung erhalten werden.

Jeder Einzelne der 1,5 Mio. Jugendlichen ohne Berufsabschluss muss innerhalb der nächsten zwei Jahre ein Angebot zur Nachqualifizierung erhalten. Dazu brauchen wir vollqualifizierende Maßnahmen. Bei Bedarf muss es eine finanzielle Förderung geben, damit sich weder Lebenshaltungs- noch Maßnahmekosten als Zugangshürden auswirken können.

Im Rahmen einer Fachkräfteallianz muss über einen ehrlichen Ausbildungspakt gesprochen werden. Wer ernsthaft gegen den drohenden Fachkräftemangel vorgehen will, der muss schleunigst eine ehrliche Bilanz der Ausbildungssituation vorlegen. Unversorgte Bewerber aus früheren Ausbildungsjahren (sogenannte „Altbewerber“) gehören dazu ebenso wie über 400.000 Jugendliche, die in Übergangsmaßnahmen stecken. Zusätzliche Ausbildungsplätze sind überfällig – unabhängig vom Rückgang der Schülerzahlen in manchen Bundesländern. Wir setzen uns für eine Ausbildungsplatzgarantie für alle Jugendlichen ein, die bis spätestens drei Jahre nach ihrem Schulabschluss keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Dabei hat das duale Ausbildungssystem Priorität. Wir werden aber dort, wo sie für ein bedarfsdeckendes Angebot nötig sind, im Interesse der Jugendlichen weitere, vollqualifizierende Angebote der beruflichen Bildung schaffen.

## 3. Fachkräfteinitiative Pflege, Gesundheit, Bildung und Erziehung

Im Bereich der Sozial- und Gesundheitsberufe, der Bildung und Erziehung gibt es einen wachsenden Bedarf an qualifiziertem Personal. Hier ist die Gefahr des gespaltenen Arbeitsmarktes schon heute absehbar. Daher müssen wir die Mittel zur Ausbildung von Erziehern und Pflegepersonal in der aktiven Arbeitsmarktpolitik verstärken. Eine höhere Qualität der Ausbildung, bessere Entlohnung, die Ausweitung der Aus- und Fortbildungskapazitäten und bessere Arbeitsbedingungen sind dafür wichtige Voraussetzungen.

Vorrang hat für uns die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in Pflegeberufen. Hier darf sich die weitgehend für die Ausbildung zuständige öffentliche Hand nicht um ihre Verantwortung drücken. Zusätzlich brauchen wir ein Sonderprogramm „Pflege und Erziehung“ in dem wir jährlich 10.000 Pflegerinnen und Pfleger und 10.000 Erzieherinnen und Erzieher über die Bundesagentur für Arbeit ausbilden. Hierfür könnte der Bund mit einem Teil der im jeweiligen Vorjahr nicht genutzten Mittel eine Finanzierung für ein solches Programm bereit stellen.

Die bisherige Förderung der Alten- und Krankenpflegeausbildung durch die Bundesagentur für Arbeit muss ohne Einschränkungen oder Kürzungen verlängert werden. Alten- und

Krankenpflegeausbildung sollten zu einer integrierten Pflegeausbildung zusammengeführt werden, um die Durchlässigkeit zwischen den Berufsfeldern zu verbessern.

Wir haben die Pflegeausbildung für Hauptschulabsolventen mit geschlossener zehnjähriger allgemeiner Schulbildung geöffnet. Nun soll die Ausbildung auch „nach oben“ aufgemacht werden, indem Pflegepersonal nach Ausbildung und Berufspraxis der Zugang zum Pflegestudium ermöglicht wird.

Durch eine bessere Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern und Verbesserungen beim Einkommen wollen wir den Erzieherberuf gezielt aufwerten – auch unter Einbeziehung des Meister-BAföG. Die Hochschulbildung muss auch für ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher offen sein. Gerade in den Leitungsbereichen werden zunehmend akademisch qualifizierte Mitarbeiter gesucht. Wir wollen sowohl den grundständigen Ausbildungsweg über die Fachschule als auch die Möglichkeit der Fachhochschulausbildung fördern.

#### **4. Berufliche Aufstiegsperspektiven**

In den Berufsfeldern, in denen absehbar ein Fachkräftemangel drohen kann, brauchen wir abgestimmte Fachkräfteoffensiven, in denen durch verbesserte berufliche Aufstiegsperspektiven für diese Berufe geworben wird und diese auch attraktiver werden. Dafür ist eine viel engere Verzahnung von Hochschulausbildung und Wirtschaft notwendig.

Mit einem Sonderprogramm „Berufsaufstieg“ sollen gezielt neue Aufstiegsmöglichkeiten im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) geschaffen werden. Meistern und Technikern wollen wir den fachgebundenen Zugang zum Master-Studium garantieren – auch ohne Abitur. Die Hochschulen werden wir beim Aufbau entsprechender, zielgruppenspezifischer Angebote unterstützen. „Lotterie“ und Willkür bei den Aufstiegsstipendien müssen beendet werden. Wir wollen die unverbindliche Aussicht auf ein Stipendium durch einen Rechtsanspruch auf staatliche Förderung ersetzen.

Wir brauchen mehr Kapazitäten an Hochschulen und mehr Studienangebote in Zukunftsfeldern wie Logistik und Verkehr, Informatik, erneuerbare Energien und der Gesundheitswirtschaft. Dabei dürfen wir uns nicht scheuen, neue spezialisierte Hochschulen zu gründen und in Kooperation mit den Unternehmen aufzubauen.

Auch eine Berufsausbildung mit Berufserfahrung soll den Zugang zu einer Hochschule ermöglichen. Die entsprechenden Ansätze müssen verstärkt werden – auch für ein berufsbegleitendes Studium zur Weiterqualifizierung ohne Abitur. Wir brauchen mehr offene Hochschulen, die ein berufsbegleitendes Studium über Fernstudium ermöglichen – ohne Studiengebühren.

Arbeitnehmer müssen mit den beruflichen Anforderungen Schritt halten können und brauchen in allen Berufen eine bessere Weiterbildung und Qualifizierung. Dafür wollen wir einen Rechtsanspruch auf Qualifizierungsberatung. Die Unternehmen sind in der Pflicht, einen Beitrag zu mehr und besserer innerbetrieblicher Weiterbildung zu leisten.

## 5. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist heute für viele junge Eltern, die im Berufsleben stehen oder einen Job suchen, ein zu großer Spagat im Alltag. Nicht nur Alleinerziehende stehen oft vor kaum lösbaren Problemen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dabei gehört es zu unserem Bild von guter Arbeit, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Berufstätigkeit mit ihren familiären Aufgaben vereinbaren können und umgekehrt. Insbesondere junge Mütter und Väter müssen dabei unterstützt werden, familiäre Aufgaben und Erwerbsarbeit partnerschaftlich zu teilen.

Zugänge zum Arbeitsmarkt für Berufsrückkehrerinnen müssen erleichtert werden. Dazu fordern wir einen Rechtsanspruch auf Eingliederungsleistungen bei der Einarbeitung und dem Wiedereinstieg.

Es muss einen Rechtsanspruch auf Wiederaufstockung nach Reduktion der Arbeitszeit wegen Kinderbetreuung geben. Das Rückkehrrecht auf einen Vollzeitarbeitsplatz muss gesetzlich abgesichert werden. Außerdem fordern wir die Absenkung bestehender Schwellen zur flexibleren Inanspruchnahme von Teilzeitanträgen auch in kleineren Betrieben und Unternehmen.

Eine familienfreundliche Arbeitskultur muss für alle ArbeitgeberInnen selbstverständlich sein, denn sie trägt erheblich zur Zufriedenheit und Gesundheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei. Wichtig sind dabei eine familienorientierte Personalpolitik und flexible Arbeitszeitmodelle.

Unternehmen sollen mehr Betriebskinderkrippen und –kindergärten schaffen bzw. mehr Belegplätze in Kindertageseinrichtungen sowie Kinderhorten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter garantieren.

Mütter und Väter, die Kinder betreuen und keine Ausbildung haben, brauchen mehr Ausbildungsangebote in Teilzeitform. Dazu brauchen wir einen Rechtsanspruch auf Teilzeitausbildung.

## 6. Alterssicherungspolitik durch Arbeit für Ältere

Gerade ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben oft Schwierigkeiten eine Arbeit zu finden, vor allem, wenn sie lange arbeitslos waren. Erst langsam setzt sich die Erkenntnis durch, dass Erfahrung und Wissen der älteren Beschäftigten über 50 Jahre sehr wertvoll für die Unternehmen sind. Auch hat sich in zu vielen Unternehmen noch kein betriebliches Personalmanagement durchgesetzt, das auf altersveränderte Belegschaften rechtzeitig reagiert und den Wert und die Erfahrung älterer Beschäftigter zu schätzen weiß. Auch dieses Potential können wir nicht ungenutzt lassen. Die Quote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei den 60 bis 64 Jährigen - einschließlich der Altersteilzeit - muss auf mindestens 50 Prozent erhöht werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen positive Anreize für Arbeitnehmer und Arbeitgeber entwickelt werden.

Notwendig ist eine weitere Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes im Betrieb. Gutes betriebliches Gesundheitsmanagement ist entscheidend für bessere Chancen, länger gesund im Berufsleben zu bleiben. Politik und Tarifpartner müssen gemeinsam Antworten

auf neue Herausforderungen finden, wie Arbeitsverdichtung und die deutliche Zunahme psychischer Erkrankungen.

Der Eingliederungszuschuss für ältere ArbeitnehmerInnen muss bis mindestens 2012 verlängert werden.

Die Beteiligung der älteren Beschäftigten an Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ist zu gering. Sie muss gezielt durch passende Angebote und öffentliche Förderung gesteigert werden.

Der öffentliche Dienst sollte als größter Arbeitgeber in Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen und Potentiale zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer voll ausschöpfen.

Beibehaltung der geförderten Altersteilzeit als Generationenbrücke, um einen flexiblen Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand mit abgesenkter Arbeitszeit zu ermöglichen.

## **7. Sozialer Arbeitsmarkt**

Wir brauchen mehr und bessere Beschäftigungsangebote für diejenigen, die derzeit auf dem freien Arbeitsmarkt keine Chance haben. Bei einem Drittel der Langzeitarbeitslosen liegt die letzte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sechs oder mehr Jahre zurück. Viele haben gesundheitliche Beschwerden. Die erfolgreiche Praxis guter Jobcenter zeigt, dass auch sie mit einer intensiven und anhaltenden Unterstützung dennoch erfolgreich eine Arbeit aufnehmen können. Hierzu bedarf es guter Fallmanager und einer Perspektive auf dem Arbeitsmarkt, die motiviert. Unser Ziel muss es sein, anständige Arbeitsplätze zu schaffen und den Menschen ein Einkommen zu ermöglichen, von dem sie leben können. Dazu wollen wir den sozialen Arbeitsmarkt mit öffentlich geförderter Beschäftigung ausbauen.

Auf dem sozialen Arbeitsmarkt könnten in den kommenden zwei Jahren zusätzlich 200 000 Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden. Dafür wollen wir das Programm „Job-Perspektive“ mit einem gesetzlichen Beschäftigungszuschuss erweitern. Wir wollen Menschen eine berufliche Perspektive eröffnen, die auch nach intensiven Vermittlungsanstrengungen bisher keine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben. Grundsätzlich gilt dabei, dass die Angebote des sozialen Arbeitsmarktes nur mit Zustimmung von Gewerkschaftern und Kammern eingerichtet werden dürfen. Die Lohnhöhe muss sozialversicherungspflichtig sein und Hilfebedürftigkeit eines Arbeitssuchenden ausschließen. Die Arbeitsvermittler der Bundesagentur für Arbeit sind weiterhin für die Arbeitnehmer im sozialen Arbeitsmarkt zuständig und überprüfen halbjährlich die Vermittlungschancen in den ersten Arbeitsmarkt. Die Finanzierung erfolgt aus dem Bundeshaushalt. Angesichts des Wegfalls der passiven Leistungen und zusätzlicher Einnahmen in den Sozialversicherungen besteht ein hoher Selbstfinanzierungseffekt.

## **8. Damit sich Leistung lohnt: Mindestlohn und Bonus für Arbeit**

Durch einen gesetzlichen Mindestlohn, der nicht mehr durch tarifliche Regelungen unterschritten werden kann, und branchenspezifische Lohnuntergrenzen, jedoch oberhalb des gesetzlichen Mindestlohns, wollen wir Lohndumping entgegenwirken und gleichzeitig den Lohnabstand zwischen Leistungen für Arbeitslose und den Einkommen von Geringverdienern sichern. Zudem gilt es, durch einen „Bonus für Arbeit“ Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmern mit unteren Einkommen gezielt bei den Sozialversicherungsbeiträgen zu entlasten. Eine Möglichkeit dazu wäre, eine Progression im Bereich der Sozialabgaben einzuführen. Diese sollte nur auf der Arbeitnehmerseite im unteren Einkommensbereich wirksam werden.

Wir wollen eine solide Finanzierung progressiver Sozialabgaben. Weder der Staat noch die Sozialversicherungen dürfen wegen der angestrebten Reform neue Schulden machen. Die Konzentration der Abgabentlastung auf den unteren Einkommensbereich und die Arbeitnehmerseite ermöglicht eine Finanzierung aus Steuermitteln ohne Leistungseinschränkungen. Die Konzentration auf den Lohnbereich, der heute durch Sozialversicherungsbeiträge relativ am stärksten belastet wird, beseitigt einen Abgabenteil, der für Leistungswillige deutlich demotivierend wirkt und die Kaufkraft gerade derjenigen empfindlich einschränkt, die über ihre Konsumquote die Binnennachfrage stützen. Zur Gegenfinanzierung schlagen wir unter anderem eine angemessene Anhebung der Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte vor. Ein weiterer Bestandteil der Gegenfinanzierung ergibt sich aus den Einsparungen für die öffentliche Hand durch die Einführung von Mindestlöhnen bei den bisherigen Leistungen des ergänzenden Arbeitslosengeld II („Aufstocker“).

## **9. Neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt**

Die zentralen Ziele unserer Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik sind Vollbeschäftigung und Gute Arbeit. Das bedeutet die Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses durch die Reduzierung prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Wir wollen Geschlechtergleichstellung, das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und einen flächendeckenden Mindestlohn.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Normalarbeitsverhältnis im Sinne einer regulären tariflich entlohnten unbefristeten Vollzeitarbeit wieder zu Regel wird – und zugleich der Tatsache Rechnung getragen wird, dass Berufsbiografien heute stärker von Brüchen und Übergängen gekennzeichnet sind.

Gerechte Löhne sind eine wichtige Voraussetzung für ein gutes Leben und gesellschaftliche Teilhabe. Ein allgemeiner, gesetzlicher Mindestlohn ist überfällig. Noch wichtiger ist die Stärkung des Tarifvertragssystems. Es müssen wieder mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Tariflöhnen, die von starken Tarifparteien vereinbart werden, profitieren.

Der Arbeits- und Gesundheitsschutz in Deutschland muss verbessert und intelligente Arbeitszeitmodelle gestärkt werden. Das ist für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wichtig, leistet aber auch für Jüngere einen wichtigen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Prekäre Berufseinstiege von jungen Erwachsenen über Praktika oder befristete Arbeitsverträge wollen wir beenden und stattdessen den Berufseinstieg über gesicherte und unbefristete Arbeitsverhältnisse wieder zum Normalfall machen, indem wir uns für die Streichung der sachgrundlosen Befristung einsetzen.

Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für Frauen und Männer muss uneingeschränkt gelten. Die gerechte Teilhabe von Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist gesellschaftspolitisch überfällig und dringend nötig, um den Fachkräftebedarf der Zukunft zu decken.

- Die paritätische Mitbestimmung soll bereits in Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten greifen. Die Umgehung der Mitbestimmung durch Rechtsformwahl oder Auslandsgesellschaften mit Verwaltungssitz in Deutschland muss beendet werden.
- Wir wollen einen Ausbau der Mitbestimmung der Betriebs- und Personalräte auf betrieblicher Ebene im Sinne einer zukunftsweisenden Entwicklung der Arbeitsbeziehungen. Zukunftsfragen wie Ausbildung und Bildung, die Gleichstellung von Männern und Frauen oder die Frage der Zahl von befristet Beschäftigten und Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmern sollen verstärkt Gegenstand betrieblicher Mitbestimmung werden.

## **10. Arbeitsversicherung als sozialdemokratische Reformperspektive**

Das Tempo des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, immer schnellere Veränderungen in der Arbeitswelt, verschärfter Wettbewerb erfordern mehr Flexibilität. Um Sicherheit und Flexibilität zu verbinden und Sicherheit im Wandel zu gewährleisten, wollen wir eine moderne Arbeitszeitpolitik entwickeln und die Arbeitslosenversicherung langfristig zu einer Arbeitsversicherung umbauen. Diese soll auf eine breitere Einnahmehasis gestellt werden. Jeder Bürger, auch Selbstständige und Beamte, wird in die Arbeitsversicherung eingebunden und leistet einen Beitrag nach seiner individuellen Leistungsfähigkeit. Durch die erweiterte Einnahmeseite unterstützt die Arbeitsversicherung nun nicht nur allein bei Arbeitsplatzverlust, sondern kann gezielt als Instrument zur Flexibilisierung im Arbeitsleben eingesetzt werden.

Die zunehmende Flexibilisierung von Lebensentwürfen und –bedingungen verlangt einen flexiblen Sozialstaat. So müssen die Menschen auch in den Lebensphasen abgesichert sein, in denen sie Kinder erziehen, sich weiterbilden, Angehörige pflegen oder eine Auszeit nehmen wollen. Eine solche Absicherung beruflicher Übergänge und Erwerbsunterbrechungen soll die Arbeitsversicherung gewährleisten.

Ausbildung und Weiterbildung sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Gerade ältere Menschen können durch Weiterbildung in Beruf und Gesellschaft aktiv bleiben. Wir wollen Fortbildung finanziell und durch Freistellungsansprüche sicherstellen. Die Arbeitsversicherung soll durch die verbreiterte Einnahmehasis bei der Finanzierung der Angebote unterstützen. Zentral ist aber auch das Recht auf Ausbildung. Wer keine abgeschlossene Berufsausbildung hat, wird kaum in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis kommen. Die Arbeitsversicherung soll hier die Voraussetzungen für eine Erstausbildung garantieren

## **AS 2 Öffentliche Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung als sozialdemokratische Projekte**

Der Bezirksparteitag beauftragt den neu gewählten Bezirksvorstand während der nächsten Amtsperiode, ein auf die Region Braunschweig abgestimmtes sozialdemokratisches Konzept zur Stärkung, Sicherung und Wiederherstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Kommunen sowie im Handlungsbereich des ZGB zu entwickeln. Dabei sollen:

- Handlungsoptionen für die Themenbereiche „Öffentliche Daseinsvorsorge“, „Rekommunalisierung“ und „Öffentliche Beschäftigung“ in gemeinsamer Zusammenarbeit mit den Unterbezirken, Rats- und Kreistagsfraktionen sowie interessierten Arbeitsgemeinschaften erarbeitet werden.
- sozialdemokratische Gegenmodelle zum Ausverkauf der Öffentlichen Daseinsvorsorge erarbeitet werden.
- Argumentationshilfen gegen die Prinzipien des „Schlanken Staats“, der Deregulierung und Privatisierung entwickelt werden.
- Forderungen für die Bundes- und Landtagswahlen im Jahr 2013 erarbeitet werden, wie durch eine gerechtere Steuerpolitik die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen wieder hergestellt werden kann, um die oben genannten Handlungsansätze übernehmen zu können.

Der Meinungsfindungsprozess möge bis zum nächsten Bezirksparteitag abgeschlossen werden.

Folgende Themen sollen für den Arbeitsprozess unter anderem behandelt werden, um ein sozialdemokratisches regionales Profil zu entwickeln.

### **Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge**

Der SPD Bezirk Braunschweig beschäftigt sich mit der Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge und öffentlicher Unternehmen für die Region Braunschweig. Hierbei soll auch kritisch untersucht werden, welche öffentlichen Aufgaben und Dienstleistungen in den letzten Jahren privatisiert worden. Dabei sind die Folgen für die Lebensqualität der Menschen unserer Region zu betrachten sowie die langfristigen Folgen der Privatisierung. Außerdem beinhaltet dies auch eine kritische Auseinandersetzung mit den Formen des public-private partnership (PPP).

Zur Daseinsvorsorge gehört auch eine Versorgung der Menschen mit Wasser und Energie unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten. Für die SPD kommt eine Privatisierung von kommunalen Betrieben nicht in Betracht, da meist nur für profitable Bereiche ein privater Betreiber gefunden wird. Privatisierungen führen meist nur zur „Rosinenpickerei“ und langfristig in der Summe zur Verschlechterung der ökologischen und ökonomischen Versorgungslage der Bevölkerung.

Eine Begrenzung der erwerbswirtschaftlichen Betätigung von Kommunen lehnt die SPD ab. Profitable kommunale Wirtschaftsbetriebe helfen die Gebühren in defizitären Dienstleistungsbereichen niedrig zu halten.

## **Rekommunalisierung**

Die SPD in der Region Braunschweig prüft in Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Rats- bzw. Kreistagsfraktionen die Möglichkeiten der Rekommunalisierung privatisierter Angebote und Dienstleistungen. Dabei ist zu prüfen, ob das von dem sozialdemokratisch geführten Berliner Senat umgesetzte Berliner Modell, das den Rückkauf privatisierter Angebote und Dienstleistungen durch die öffentliche Hand vorsieht, eine Möglichkeit darstellt.

## **Möglichkeiten des Öffentlichen Beschäftigungssektors in der Region Braunschweig**

Der SPD Bezirk Braunschweig befürwortet grundsätzlich die Errichtung eines öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS), um vom Erwerbsleben ausgeschlossene Menschen mit mehreren Benachteiligungen eine Perspektive zu bieten.

Es soll in Zusammenarbeit mit den Rats- und Kreistagsfraktionen geprüft werden, inwieweit in den Kommunen der Region Braunschweig die Errichtung öffentlicher Beschäftigungssektoren möglich ist, um benachteiligten Menschen durch gesellschaftlich notwendige Arbeit eine berufliche Perspektive zu geben.

## AS 3 Leiharbeit begrenzen

Unsere Forderungen zur Reformierung der Leiharbeit:

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, vom ersten Tag an.
- Ein Mindestlohn für die Leiharbeitsbranche, solange noch kein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn umgesetzt ist.
- Die Höchstüberlassungsdauer muss wieder eingeführt werden.
- Gleichbehandlung am Arbeitsplatz, dies bedeutet Zugang zu den Gemeinschaftseinrichtungen und Sozialleistungen im Betrieb.
- Öffnung der Weiterbildungsangebote für Leiharbeiter.
- Öffnung der Unternehmensinternen Arbeitsmärkte für Leiharbeiter.
- Die Regelungen für Leiharbeit müssen auch bei interner Konzernleihe gelten.
- Wenn der Arbeitgeber gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz verstößt, wandelt sich das Leiharbeitsverhältnis in ein unbefristetes reguläres Arbeitsverhältnis.
- Die Abgrenzung zwischen Selbstständigen und abhängig Beschäftigten muss im Zielland der Entsendung nach dessen Maßstäben überprüft werden können und nicht, wie bisher, nur nach den Bedingungen des Herkunftslandes.
- Der SPD-Bezirk Braunschweig fordert sämtliche Parteigremien dazu auf, alle Branchen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufzunehmen, damit Mindestlohtarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden können.

### **Begründung:**

In Deutschland gibt es jetzt fast eine Millionen Leiharbeiter. Damit ist die Leiharbeit auf dem höchsten Stand der Geschichte und die in den letzten Jahren am schnellsten gewachsene Branche. Das Gesetzgebungsverfahren zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes ist bereits angelaufen. Im derzeitigen Gesetzesentwurf findet sich jedoch keinerlei Regelung, wie die Beschäftigten der Branche zukünftig vor Lohndumping geschützt werden sollen. Hier besteht dringender Nachbesserungsbedarf. Zudem gilt ab dem ersten Mai 2011 die vollständige Freizügigkeit für alle ArbeitnehmerInnen aus EU-Ländern. Die bisherige Entwicklung in der Leiharbeit ist sehr bedenklich und hat zu vielen Ungerechtigkeiten für die Beschäftigten geführt. Der hohe Lohnabstand, der zwischen den Leiharbeitsbeschäftigten und den Stammbeschäftigten des entleihenden Betriebs bestehen ist nur der offensichtlichste. Sie erhalten oft bei gleichwertiger Tätigkeit 30 bis 50 Prozent weniger Entgelt als Stammbeschäftigte. Auch andere Lohnbestandteile, wie Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie Zuschläge, fallen für Leiharbeitsbeschäftigte vielfach niedriger aus als für die Stammbeslegschaft. So ist es auch kein Wunder, dass immer mehr Betriebe Teile ihrer Stammbeslegschaft durch LeiharbeiterInnen ersetzen und so Lohndumping betreiben. Damit wird der eigentliche Zweck der Leiharbeit, Produktionsspitzen kurzfristig abzudecken, missbraucht. Für jeden achten Leiharbeiter ist der Lohn so gering, dass er noch zusätzliche staatliche Transferleistungen erhält. Das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss gelten, also die Gleichbehandlung beim Lohn und sonstigen Arbeitsbedingungen für dieselbe Tätigkeit. Flankierend hierzu brauchen wir in der Leiharbeit einen Mindestlohn für die verleihfreie Zeit und kurze Einarbeitungszeiten.

# **WFV 1 Deutschland gerechter regieren!**

## **Gute Arbeit – Solidarische Gesellschaft – Starke Wirtschaft**

Der SPD steht für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik. Für uns ist Wirtschaftspolitik kein Selbstzweck. Sie muss Rahmenbedingungen für Wohlstand und soziale Sicherheit schaffen. Ziel sozialdemokratischer Arbeits- und Wirtschaftspolitik ist daher, Deutschland, Niedersachsen und die Region Braunschweig zu innovativen und zukunftsfähigen Standorten mit hochwertigen Arbeitsplätzen zu entwickeln.

### **These 1: Internationale Bedeutung**

Wirtschaftspolitik ist nicht mehr nur national denkbar. Zweifelsohne muss mindestens in europäischen Kategorien gedacht und gehandelt werden. Dabei muss die Orientierung wirtschaftlichen Handelns am Gemeinwohl und am Zusammenhalt der nationalen und internationalen Gemeinschaft zentraler Grundsatz der Überlegungen sein. Es geht darum, den Standort Deutschland zu sichern und zu fördern, aber gleichzeitig auf internationaler Ebene Regeln für ein gemeinwohlorientiertes Miteinander aufzustellen.

### **These 2: Schluss mit dem Casino-Kapitalismus**

Wachstum und Wohlstand in Deutschland und Europa lassen sich nur dauerhaft sichern, wenn die Spekulation mit Gütern, die dem täglichen Bedarf dienen sowie Rohstoffen, die in der Produktion von Schlüsselindustrien benötigt werden, wirkungsvoll unterbunden wird. Nach einer Reihe von Skandalen rund um die Lebensmittelproduktion zeigt der aktuelle Dioxin-Fall eindrucksvoll, welche verheerenden Auswirkungen der Preiskampf auf dem Lebensmittelmarkt hat. Hier ist eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik gleichzeitig Verbraucherschutz. Zudem sind Strategien nötig, die der heimischen Industrie den Zugang zu wichtigen Rohstoffen (z. B. Seltene Erden) ermöglicht, wenn diese künstlich verknappt werden. Daher brauchen wir auch eine Finanztransaktionssteuer auf alle weiteren Börsengeschäfte. Weiterhin muss die persönliche Haftung von Vorständen, Geschäftsführern und Aufsichtsräten beim Handel mit Bankprodukten und Versicherungsprodukten mit Spielbankcharakter verschärft werden.

### **These 3: Den Strukturwandel meistern und Stärken stärken**

Wirtschaftsförderung darf in Deutschland nicht mehr an großflächigen geographischen Gesichtspunkten festgemacht werden, sondern muss sich an der tatsächlichen Wirtschaftsleistung der jeweiligen Regionen oder Branchen orientieren. Investitionen in Infrastrukturprojekte sollten vorrangig in Regionen gefördert werden, die sich im wirtschaftlichen Umbruch befinden. Gleichzeitig brauchen wir "Leuchttürme", die internationale Strahlkraft besitzen. Mit gezielten Programmen muss sichergestellt werden, dass diese herausragenden Unternehmungen/Projekte gezielt gefördert werden.

### **These 4: Industrielle Produktion erhalten**

Die Industrie und das produzierende Gewerbe sind Garant für hohe Wertschöpfung und hochwertige Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Hier findet man neben Innovationskraft auch die höchsten Tariflöhne, die nicht durch andere Sektoren der Wirtschaft substituiert werden

können. Wir brauchen in diesem Zusammenhang auch ein effizientes Zusammenspiel zwischen Forschung, Industrie und dem produzierenden Gewerbe in der Region

### **These 5: Gute Arbeit**

Die arbeitenden Menschen müssen von ihrem Lohn angemessen leben. Es ist unmoralisch und volkswirtschaftlicher Unsinn, wenn ArbeitnehmerInnen neben ihrem Lohn noch staatliche Transferleistungen in Anspruch nehmen müssen. Die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde ist deshalb konsequent und entlastet darüber hinaus öffentliche Haushalte.

Arbeit braucht Perspektive und Sicherheit. Zeit- und Leiharbeit müssen daher effektiv eingedämmt werden. Wir fordern das Synchronisationsverbot, die Abschaffung sachgrundloser Befristungen von Arbeitsverhältnissen und die Eindämmung von Werkverträgen. Die EU-Richtlinie zur Leiharbeit muss in deutsches Recht übersetzt werden.

### **These 6: Forschung sichert Wohlstand**

Wir wollen die Forschung in unserer Region fördern, um dem internationalen Konkurrenzdruck um die niedrigsten Produktionskosten auf Dauer durch hochwertige Produkte bestehen zu können. Eine stetige Weiterentwicklung der Produkte und Prozesse, auch in ökologischer und energetischer Hinsicht, garantiert auf Dauer den Bestand der Betriebe. Daher ist zu prüfen, ob Forschungsanstrengungen steuerlich besonders berücksichtigt werden können. Zudem muss die Hochschullandschaft im Bezirk konsequent ausgebaut werden. Hierzu zählt auch die Einrichtung eines interdisziplinären Forschungsinstituts, das sich nicht mit der reinen Endlagerfrage, sondern mit den Auswirkungen radioaktiver Strahlung auf Mensch und Umwelt beschäftigt. Weiterhin muss die Forschung bei regenerativen Energieformen vorangetrieben werden. Die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen ist zu verringern und auf die Nutzung von atomaren Energieformen ist schnell zu verzichten."

### **These 7: Untere und mittlere Einkommen entlasten, hohe Einkommen belasten**

Gerechtigkeit in der Gesellschaft gibt es nur, wenn jeder einen Teil seiner Leistung in das Solidar- und Gesellschaftssystem einbringt. Diese Leistung muss sich am jeweiligen Einkommen durch selbstständige und nichtselbstständige Arbeit sowie am Vermögen und weiteren Einkommensarten orientieren. Dabei wird vom Staat ein steuerfreies Existenzminimum zugesichert, unterhalb dessen keine Steuern und Abgaben zu leisten sind. Ebenso wollen wir eine Entlastung der unteren und mittleren Einkommen. Gleichzeitig müssen der Spitzensteuersatz und die Bemessungsgrundlage für die Spitzenbesteuerung angehoben werden.

### **These 8: Bildung**

Wer über Fachkräftemangel in Deutschland diskutiert, darf nicht drei Millionen Arbeitslosen außer Acht lassen. Dass junge Menschen die Schulen ohne Abschluss – somit ohne Perspektive – verlassen, darf nicht hingenommen werden. Aus diesem Grund müssen die Bildungsausgaben in den nächsten Jahren erheblich gesteigert werden.

Die Bildungsausgaben der öffentlichen Haushalte liegen in Deutschland unter fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Damit liegt Deutschland unter EU-Durchschnitt. Eine Steigerung der Bildungsausgaben auf bis zu sieben Prozent des BIP muss das Ziel sein. Gleichwohl ist eine Aufstockung der Finanzmittel nicht gleichbedeutend mit besserer Bildung. Die Steigerung struktureller Bildungsausgaben ist sinnvoller als die weitere Stärkung privater Haushalte. Wir brauchen mehr gemeinsames Lernen und eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung der Lehrerinnen und Lehrer.

### **These 9: Potenziale älterer ArbeitnehmerInnen nutzen**

Die demografische Entwicklung und der mit ihr einhergehende vorhersehbare Fachkräftemangel machen es notwendig, den Beschäftigungsanteil älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Unternehmen zu erhöhen. Ältere Beschäftigte müssen durch Qualifizierungsmaßnahmen in die Lage versetzt werden, den veränderten Anforderungen gerecht zu werden. Gleichzeitig müssen Arbeitsplätze altersgerecht gestaltet werden.

Es müssen die Voraussetzungen, aber auch das Bewusstsein geschaffen werden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Unternehmen sicherzustellen. Gesundheitsfördernde bzw. –erhaltende Maßnahmen in den Betrieben sind zu unterstützen.

### **These 10: Öffentliche Haushalte sanieren**

Die öffentlichen Haushalte sind verschuldet. Investitionen der öffentlichen Hand werden immer weiter verschoben oder gänzlich gestrichen. Zur Schaffung von Investitionsspielräumen reichen Streichungen auf der Ausgabenseite nicht aus. Deshalb muss die Einnahmeseite erhöht werden. Dazu ist es notwendig:

- eine verfassungskonforme Vermögenssteuer wieder einzuführen.
- die Erbschaftssteuer grundlegend zu reformieren.
- die vermögensbezogene Steuer auf EU-Durchschnitt anzuheben.
- den Spitzensteuersatz auf bis zu 50 Prozent zu erhöhen.
- Steuerermäßigungen streichen, die volkswirtschaftlich keinen Sinn machen.

### **These 11: Mittelstand fördern**

Die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sind in Deutschland auf Grund ihrer Vielzahl, ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowie ihrem Angebot an Ausbildungsplätzen wesentlicher Hauptakteur der Wirtschaft. Vor allem auf dem Gebiet der Erforschung und Nutzung von regenerativen Energien, der Umwelttechnik, der Ressourceneffizienz, als Zulieferer etc. sind die KMU's weltweit führend. Eine Förderung von regenerativen Energien und der Ressourceneffizienz ist damit ein Beitrag zu einer effektiven Mittelstandsförderung und muss deshalb forciert werden. Ebenso gewinnt der Sektor der Kultur- und Kreativwirtschaft stetig an Bedeutung. Dieser Sektor besteht vor allem aus Kleinst- bzw. Einzelunternehmen und hat volkswirtschaftlich eine weit überdurchschnittliche Bedeutung.

### **These 12: Gesundheit für alle**

Gesundheit und Gesundheitsdienstleistungen sind ein Standortfaktor, der auch für das Marketing unseres Bezirks von hoher Bedeutung ist. Die Region Braunschweig hat hohe Kompetenzen in der Gesundheitswirtschaft, die es zu stärken und zu bündeln gilt. Wir wollen die medizinische Versorgung auf höchstem Niveau, ebenso wie die flächendeckende hausärztliche Versorgung in unserer Region sicherstellen.

Die verschiedenen Sektoren des Gesundheitswesens – Krankenhäuser, Apotheken, niedergelassene Ärzte, Pflegeberufe und andere Berufe im Gesundheitswesen, sollen in einer integrierten Gesundheitsversorgung stärker zusammenarbeiten, um flächendeckend Gesundheitsleistungen auf hohem pflegerischem und medizinischem Niveau zu verwirklichen.

### **These 13: Sozialwirtschaft vor dem Kollaps bewahren**

Die Sozialwirtschaft ist die größte Branche Deutschlands. Die Sozialwirtschaft beschäftigt mehr Menschen in Deutschland als die gesamte deutsche Autoindustrie und das Baugewerbe zusammen. In keiner anderen Branche zeichnet sich derzeit der Fachkräftemangel so deutlich ab, wie bei sozialen Dienstleistungen. Es fehlen Erzieherinnen in der Betreuung, Pflege und Erziehung von Kinder und Jugendlichen, die Altenpflege steht vor einem Kollaps auch in unserer Region Braunschweig. So können die ersten Wohn- und Pflegeheime in unserer Region keine zu Pflegenden mehr aufnehmen, da die Fachkräfte fehlen. Soziale Berufe haben ein schlechtes Image und geringe Durchschnittsverdienste. Soziale Dienste dürfen nicht mehr als reine Kostenverursacher gesehen werden. Sie sind schon jetzt ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Den Dienst am Menschen können keine Maschinen erledigen und die Arbeitsplätze können nicht ins Ausland verlagert werden. Wir brauchen arbeitsmarktpolitische Förderinstrumente, eine solidarische Finanzierung sozialer Arbeit und eine gesellschaftliche Wertschätzung sozialer Berufe. Die Sozialwirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und sichert zudem gesellschaftlichen Zusammenhalt.

### **These 14: Lebenswertes Alter/ Pflege neu organisieren**

Es müssen Dienstleistungen entwickelt und Infrastrukturen geschaffen werden, um möglichst gesund und autonom im häuslichen Umfeld alt zu werden. Dazu gehört auch, dass der ÖPNV gestärkt werden muss. Dennoch wird es aufgrund der Alterspyramide zu erhöhtem Pflegebedarf kommen. Hier gilt es, das Berufsbild der AltenpflegerInnen zu verbessern und die Attraktivität des Berufes zu erhöhen.

Altersmedizin und pharmazeutische Forschung für altengerechte Medikamente, die dem älteren Organismus angepasst sind, sind neue Felder, die für die Region erschlossen werden sollen.

### **These 15: Mitbestimmung ausbauen**

Wirtschaftliche Schieflagen und schlechte Arbeitsbedingungen lassen sich häufig auf falsche Management-Entscheidungen zurückführen. Unternehmen mit starker Mitbestimmung geht es häufig besser. Eine starke Mitbestimmung ist also Garant dafür, dass wirtschaftlicher Erfolg und soziale Verantwortung gleichzeitig und gleichrangig betrachtet werden. Die Mitbestimmungsrechte der Personalvertretungen (Betriebsrat, Personalrat, Mitarbeitervertretungen) müssen auf wirtschaftliche Angelegenheiten ausgedehnt werden

## **WFV 2 Gleichstellung in der Privatwirtschaft**

Der Bezirksparteitag begrüßt die auf Europa-, Bundes- und Landesebene geführte Debatte und Forderung der Bundespartei zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen bzw. Spitzenpositionen und Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen. Eine Erhöhung des Frauenanteils ist erforderlich, um eine gleichberechtigte Mitsprache und Entscheidung in diesen Gremien durch Frauen sicherzustellen.

Da freiwillige Vereinbarungen und Selbstverpflichtungen nicht wirken, sind gesetzliche Vorgaben und Verankerungen zu folgenden Punkten erforderlich:

1. Frauenquote von mindestens 40 % in Führungspositionen , Aufsichtsratsgremien
2. Konsequenter Ausbau der Ganztagsbetreuung in Kindertagesstätten und Schulen
3. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.
4. Vorreiterrolle bei der Besetzung von Aufsichtsratsgremien müssen landeseigene und städtische Unternehmen dabei übernehmen.

### **Begründung:**

Im Koalitionsvertrag der Regierungskoalition ist ein Stufenplan zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst vorgesehen. Diese Selbstverpflichtung der Wirtschaft reicht offensichtlich nicht aus um substantielle Änderungen durchzusetzen.

Trotz steigender Erwerbstätigkeit und qualifizierter Ausbildung sind Frauen nach wie vor in gesellschaftlichen Top-Positionen in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaft, Sport und Medien kaum vertreten.

Nur wenige Länder der Welt haben einen so niedrigen Frauenanteil in den Vorständen wie Deutschland. Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat die bisherige Politik der freiwilligen Selbstverpflichtung als gescheitert bezeichnet.

Bei der Besetzung von Aufsichtsratsgremien, auch in landeseigenen und städtischen Unternehmen, sind Frauen weit unterrepräsentiert. Eine Erhöhung des Frauenanteils wird erreicht, wenn mehrere Maßnahmen zur Frauenförderung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf ineinandergreifen.

Es erscheint uns unwahrscheinlich, dass es ohne eine festgelegte Quote in den nächsten Jahren zu gravierenden Veränderungen in den Vorstandsetagen kommen wird. Wir wollen erreichen, dass Frauen, die mindestens ebenso gut qualifiziert sind wie Männer, der Weg an die Spitze von Unternehmen ermöglicht wird und sie die Chancen haben, die so genannte „gläserne Decke“ zu durchstoßen.

Da der jahrelange Appell zur Selbstverpflichtung nicht wirkt, müssen gesetzliche Vorgaben erfolgen.

## **WFV 5 Zweigleisiger Ausbau der Eisenbahnstrecke „Weddeler Schleife“ zwischen Braunschweig und Wolfsburg**

Der SPD-Bezirk Braunschweig fordert die SPD-Landtagsfraktion, die SPD-Bundestagsfraktion sowie den SPD-Bundesparteitag dazu auf, sich für einen unverzüglichen Beginn des zweigleisigen Ausbaus der „Weddeler Schleife“, spätestens jedoch im Jahr 2012, einzusetzen. Eine Aufnahme in den Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans als Ersatzmaßnahme bei Reserven für ausgefallene Projekte muss zwingend vorangetrieben werden. Der Ausbau der Strecke ist für die Weiterentwicklung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) der Region Braunschweig dringend notwendig und sowohl in ökologischer wie in ökonomischer Hinsicht unverzichtbar.

### **Begründung:**

Der zweigleisige Ausbau der Eisenbahnstrecke „Weddeler Schleife“ wurde bereits im Jahr 1996 planfestgestellt. Leider wurde der Ausbau der Strecke in den folgenden Jahren nur eingleisig realisiert. Die enorme Bedeutung der Eisenbahnstrecke zwischen Braunschweig und Wolfsburg wird durch den hohen Anstieg der Fahrgastzahlen im Regionalverkehr von aktuell 2.800 Fahrgästen an jedem Werktag belegt. Dieser Anstieg erklärt sich insbesondere durch die starke Pendlerbeziehung zum Volkswagenwerk in Wolfsburg, dem größten Arbeitgeber in Niedersachsen. Der Bedarf an Regionalzugverbindungen kann derzeit nicht gedeckt werden. Daher wurde im Rahmen des Regiobahn-Konzeptes 2014 des Zweckverbands Großraum Braunschweig festgelegt, dass im Schienenverkehr zwischen Braunschweig und Wolfsburg ein Halbstundentakt bestellt werden soll. Dies setzt eine Zweigleisigkeit der Strecke voraus. **Dies ist möglichst bis zum Fahrplanwechsel 2012 umzusetzen.** Außerdem ist davon auszugehen, dass der Güterverkehr im Hinblick auf Teilelieferungen an das VW-Werk weiter zunehmen wird.

Eine aktuelle Kosten-Nutzen-Analyse des Schienenverkehrswegplans aus dem Jahr 2010 bescheinigt dem Projekt eine hohe Wirtschaftlichkeit. Da im Zuge des eingleisigen Ausbaus der Strecke bereits eine zweispurige Trasse angelegt wurde und somit nur noch die Gleisanlage fehlt, ist das Investitionsvolumen in einem überschaubaren Rahmen.

## **WFV 6 Bekenntnis der SPD zur RegioStadtBahn als Perspektive**

Der SPD-Bezirk Braunschweig hält am Konzept der RegioStadtBahn fest. Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, die Absicht zur schrittweisen Umsetzung der RegioStadtBahn in das Landeswahlprogramm aufzunehmen.

## **WFV 7 Sicherstellung eines attraktiven öffentlichen Personennahverkehrs**

Ein attraktiver öffentlicher Personennahverkehr ist im Flächenland Niedersachsen ein wichtiger Standortfaktor. Alle politisch Verantwortlichen in Bund, Land und Kommune werden aufgefordert, die Finanzierung des ÖPNV in der Fläche sicherzustellen. Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der ZGB die zugesagten, aber nicht ausgezahlten Landesmittel für den Schienenpersonennahverkehr erhält, damit erfolgte Kürzungen im SPNV wieder zurückgenommen werden können und somit zum Fahrplanwechsel 2012 mindestens der Stand vor Dezember 2010 erreicht werden kann.

Mittelfristig müssen die vom Land abgezweigten Bundesmittel für den SPNV wieder ihrer eigentlichen Zweckbindung Schienenpersonennahverkehr zugeführt werden. Die Finanzierung der Schülerbeförderung ist aus Landesmitteln sicherzustellen.

Das vom ZGB vorgelegte Nahverkehrskonzept 2014+ wird als Übergangslösung bis zur Realisierung der Regiostadtbahn im Grundsatz akzeptiert.

Die SPD fordert jedoch eine Reihe von Verbesserungen. Insbesondere muss der Ein-Stunden-Takt auf allen Verbindungen Mindeststandard sein, auch am Wochenende. Außerdem müssen die Übergangszeiten beim Umsteigen in Braunschweig verkürzt werden.

## **PG 1 Kranken- und Pflegeversicherung als Bürgerversicherung gestalten - Versicherungspflichtgrenze und Beitragsbemessungsgrenze anheben.**

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, umgehend konkrete Anträge vorzulegen, um die Kranken- und Pflegeversicherung als Bürgerversicherung zu gestalten. Als erste Maßnahmen soll die schrittweise Anhebung der Versicherungspflichtgrenze und der Beitragsbemessungsgrenze beantragt werden.

### **Begründung:**

Das Ziel, die Kranken- und Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung umzugestalten, ist von der SPD mehrfach beschlossen worden. Dieser richtige Weg ist aber wegen fehlender Mehrheiten in den verschiedenen Koalitionen bisher erfolglos gewesen. Darum sollte ein neuer Anlauf unternommen werden, der als ersten Schritt eine stufenweise Anhebung der Versicherungspflichtgrenze und der Beitragsbemessungsgrenze vorsieht.

Die jetzige schwarz-gelbe Bundesregierung hat mit ihrer „Gesundheitsreform“ die Belastungen für die Pflichtversicherten noch erhöht. Beitragssatzerhöhung und eine erste Stufe der „Kopfpauschale“ waren ihre einzigen Antworten auf die zunehmenden Kosten im Gesundheitswesen. Ähnliches droht auch bei der Pflegeversicherung.

Mit einem Antrag auf Anhebung der Versicherungspflichtgrenze und der Beitragsbemessungsgrenze könnte den Pflichtversicherten deutlich gemacht werden, welche große Zahl von Privatversicherten aus dem System der solidarischen Sozialversicherung längst herausfallen und wie sehr der Staat die Kosten des Gesundheits- und Pflegesystems allein den Pflichtversicherten überträgt.

## **PG 2 Herausforderung Pflege als Chance begreifen!**

Erst kürzlich hat das Statistische Bundesamt eine Prognose veröffentlicht, die zeigt, welche herausragende Bedeutung dem Thema Pflege in den kommenden Jahren zukommen wird: Für das Jahr 2030 sagen die Statistiker weit über drei Millionen Pflegebedürftige voraus, für 2050 sind es sogar 4,5 Millionen. Gute Rahmenbedingungen für eine menschenwürdige und langfristig stabil finanzierte Pflege zu schaffen, ist Herausforderung und Chance zugleich. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Menschenwürdige Pflege – Pflege als Beruf“ im vergangenen Jahr hat der SPD Bezirk Braunschweig mit den Akteuren vor Ort das Gespräch aufgenommen, um in diesem wichtigen Zukunftsbereich die Probleme zu identifizieren und Handlungsoptionen aufzuzeigen. Darüber hinaus hat sich der Bezirk Braunschweig mit vielen aktiven Mitgliedern und Mandatsträgern an den bundesweiten Praxistagen vom 28.2. bis 2.3.2011 durch Besuche und Praktika in Pflegeeinrichtungen der Region beteiligt.

Die Akteure sind sich einig, dass es sich bei der Pflege um eine Mammutaufgabe handelt, die die Gesellschaft als Ganzes und alle politischen Ebenen (Bund, Land, Kommunen) betrifft. Die Handlungsfelder reichen von der Finanzierung der Pflegeversicherung über die Schaffung wohnortnaher Infrastruktur bis hin zur Stärkung des Pflegeberufs. Die Gespräche und Veranstaltungen der vergangenen Monate haben Handlungsbedarf vor allem in folgenden Feldern deutlich gemacht:

- 1. Neuausrichtung der Pflegeversicherung (Neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff)**
- 2. Schaffung einer soliden und solidarischen Finanzausstattung**
- 3. Aufwertung des Pflegeberufes / Nachwuchsgewinnung**
- 4. Stärkung der Infrastruktur vor Ort**
- 5. Imagewandel für die Pflege**

### **1. Neuausrichtung der Pflegeversicherung (Neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff)**

Die SPD hat bereits mit der Pflegereform 2008 zentrale Verbesserungen in der Pflege durchgesetzt. Darauf aufbauend hat Ulla Schmidt im Jahr 2009 ein umfassendes Konzept für eine Neuausrichtung der Pflegeversicherung und Vorschläge zur konkreten Umsetzung und Finanzierung in Auftrag gegeben. Dieses fertige Konzept zur Weiterentwicklung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs, das Jürgen Gohde in der Auftaktveranstaltung unserer Veranstaltungsreihe vorgestellt hat, muss jetzt umgesetzt werden. Bislang messen wir Pflegebedürftigkeit nur danach, wie viele Minuten Unterstützung am Tag benötigt werden. Die derzeitige Definition der Pflegebedürftigkeit nach SGB XI ist zu eng, zu verrichtungsbezogen und zu einseitig somatisch und zudem zu wenig orientiert an Kommunikation und sozialer Teilhabe. Zudem werden allgemeine Betreuung, Beaufsichtigung und Anleitung bei Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz zu wenig berücksichtigt. Mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff wollen wir einen Paradigmenwechsel bei der Bewertung des Unterstützungsbedarfs: Anstelle des zeitlichen Pflegeaufwandes ist allein auf den Grad der Selbständigkeit bei der Durchführung von Aktivitäten abzustellen.

### **2. Schaffung einer soliden und solidarischen Finanzausstattung**

Menschenwürdige Pflege muss uns etwas wert sein, aber die Belastungen müssen auch gerecht verteilt werden. Nur so schaffen wir eine breite gesellschaftliche Akzeptanz. Die

schwarz-gelbe Privatisierung des Pflegerisikos über Zusatzversicherungen wird genau das Gegenteil zur Folge haben.

Wir dagegen wollen die bewährte solidarische Finanzierung in der Pflegeversicherung weiterentwickeln und wie in der Krankenversicherung die private Pflegeversicherung in das solidarische System einbeziehen. Mit der Bürgerversicherung Pflege schaffen wir ein gerechteres System, das alle entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit einbezieht und die Lasten fair verteilt.

Auf der Landesebene setzt sich die SPD dafür ein, dass die Kürzung der Zuschüsse für die Kurzzeitpflege durch die Landesregierung zurück genommen wird. Die Kürzung hat eine erhebliche Mehrbelastung der Angehörigen ambulanter Patienten zur Folge und bedroht die Versorgung im ländlichen Raum. Fehlende Kurzzeitpflege schlägt eine Lücke in der Versorgungskette zum Beispiel nach einem Krankenhausaufenthalt und vor allem bei der Entlastung pflegender Angehöriger, gerade bei Nutzung von Verhinderungspflege um Angehörigen einen Erholungsurlaub zu ermöglichen.

### **3. Aufwertung des Pflegeberufs / Nachwuchsgewinnung**

Es besteht kein Zweifel daran, dass der Bedarf an professioneller Pflege zunehmen wird, allein schon durch die wachsende Zahl an Pflegebedürftigen in den kommenden Jahren. Verschärft wird das Problem durch die beschlossene Bundeswehrreform, die nicht ohne Auswirkungen auf das Angebot an Zivildienstleistenden/Bundesfreiwilligendienst sein wird. Um den Bedarf der Zukunft decken zu können, müssen wir jetzt die notwendigen Schritte einleiten. Wir müssen die beruflichen Rahmenbedingungen für Pflegekräfte verbessern, damit der immer wichtiger werdende Pflegeberuf in Zukunft an Attraktivität gewinnt. Hierzu zählen eine bessere Vergütung, eine einheitliche (Grund-) Ausbildung für Alten- und Krankenpflege und bessere Fortbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Die Ausbildung muss gebührenfrei sein. Bei der Umschulung zu Pflegekräften brauchen wir eine bundeseinheitliche Regelung zur Übernahme der Kosten für das dritte Ausbildungsjahr. Darüber hinaus muss eine Regelung geschaffen werden, die die Beteiligung der gesamten Pflegebranche an den Ausbildungskosten ermöglicht.

In erster Linie müssen wir aber etwas gegen die nach wie vor schlechten Arbeitsbedingungen in der Pflegebranche tun. Belastende psychische und physische Arbeit erfordert besondere Rahmenbedingungen. Das muss sich bei den Arbeitszeiten, der betrieblichen Gesundheitsförderung, der Weiterbildung und in einer ausreichenden Personalausstattung widerspiegeln.

### **4. Stärkung der Infrastruktur vor Ort**

Die älter werdende Gesellschaft verlangt von unseren Kommunen eine große Modernisierungsleistung. Die Gestaltung eines altersgerechten Lebensumfeldes wird die große Herausforderung kommunaler Politik der kommenden Jahre. Zentral sind hierbei die Schaffung einer wohnortnahen Infrastruktur (zum Beispiel von Betreuungs-, Pflege- oder Alltagsdienstleistungen) sowie der Neu- und Umbau seniorengerechter Wohnungen und öffentlicher Räume insgesamt. Selbstverständlich brauchen die Kommunen hierfür eine entsprechende Finanzausstattung.

Zugleich muss das segmentierte Nebeneinander von Hilfen aufgehoben werden. Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungsträger müssen für vernetzte Gesundheits- und Pflegeregionen sorgen. Die gemeinsam getragenen und bislang geförderten Pflegestützpunkte können hier als wichtiges Scharnier zwischen den Verantwortlichen in diesem Bereich fungieren. Die Stützpunkte ermöglichen eine integrierte Pflegeberatung und schaffen eine bessere Koordinierung medizinischer und pflegerischer Versorgung vor Ort.

## **5. Imagewandel für die Pflege**

Wir müssen wegkommen vom Image der Pflege als Kostenverursacher. Es handelt sich bereits heute um einen sehr wichtigen Wirtschaftsfaktor. Die Pflegewirtschaft ist in den vergangenen Jahren im Durchschnitt dreimal so stark gewachsen wie die Gesamtwirtschaft. Die SPD hat bereits in ihrem 2009 veröffentlichten „Deutschlandplan“ das große Wirtschafts- und Beschäftigungspotential der Pflegewirtschaft hervorgehoben. Bis 2025 benötigen wir entsprechend den Angaben des Statistischen Bundesamtes mindestens 152.000 zusätzliche Pflegekräfte. Der Dienst an kranken und pflegebedürftigen Menschen kann nicht durch Maschinen und Computer erledigt werden, er kann auch nicht ins Ausland verlagert werden. Somit kann die Pflege zu einem zentralen Jobmotor für Deutschland werden.

## **PG 3 Duales Ausbildungssystem Pflege**

Der Beruf des Altenpflegers bzw. der Altenpflegerin soll ein anerkannter Ausbildungsberuf im dualen Ausbildungssystem werden.

### **Begründung:**

Zurzeit wird dieser Beruf an Altenpflegesschulen ausgebildet, die, wenn sie in privater Trägerschaft sind, bezahlt werden müssen. Für die Praktika während der Ausbildungszeit ist keine Bezahlung festgelegt. Es kann nicht sein, dass Schülerinnen und Schüler Geld mitbringen müssen, um einen Beruf zu erlernen, der in den nächsten Jahren immer mehr nachgefragt werden wird.

## **PG 4 Änderung der Arznei-Zuzahlungsverordnung**

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, im Bundestag auf eine Änderung der Verordnung über die Zuzahlung bei der Abgabe von Arznei- und Verbandmitteln in der vertragsärztlichen Versorgung zu drängen. Wir halten an dem Prinzip von der Verschreibung von Wirkstoffen fest. Der Hausarzt muss ein verträgliches Medikament ohne Zuzahlung verschreiben dürfen.

### **Begründung:**

Die neue Verordnung richtet sich nach den Wirkstoffen in der Arznei. Die Ärzte sind aufgefordert, die preisgünstigste Medizin zu verordnen. Bei vielen Patientinnen und Patienten liegt allerdings eine Unverträglichkeit bei der Zusammensetzung von Wirkstoff und Träger vor. In diesen Fällen müssen die Patientinnen und Patienten eventuell auf eine teurere Medizin zurückgreifen, bei der ein für die Betroffenen verträglicher Träger verwendet wird. Die Krankenkassen bezahlen allerdings nach der neuen Verordnung unbesehen der Verträglichkeit des Trägerstoffes nur noch das preisgünstigste Medikament mit dem verordneten Wirkstoff. Das führt dazu, dass zum Beispiel eine Asthmapatientin zwischen 60 bis 100 € zuzahlen muss, um ein für sie verträgliches Medikament zu erhalten. Angesichts der Tatsache, dass gerade ältere Patientinnen und Patienten häufig mehrere Arzneien benötigen, ist dieser Zustand nicht hinnehmbar, da er vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger mit einem geringen Einkommen.

Wir fordern daher die SPD-Fraktion im Bundestag auf, sich für eine Änderung dieser Verordnung einzusetzen.

## **PG 6 Krebsregister (Antrag 2)**

Die SPD Bundestagsfraktion und Landtagsfraktion soll sich für eine intensive Ursachenforschung der Krebs-Erkrankungen einsetzen. Wenn man weiß, dass Krebs die zweithäufigste Todesursache ist, dann sollte es selbstverständlich sein, dass hier eine intensive Ursachenforschung erfolgt. Das Krebsregister ist nicht aussagefähig, weil die Datenlage nicht ausreicht. Wir müssen den Ursachen endlich auf den Grund gehen!

Die SPD Bundestagsfraktion und SPD-Landtagsfraktion soll sich für ein einheitliches Krebsregister mit der Meldepflicht und einem Pflichtfragebogen in ganz Deutschland einsetzen.

## **U 1 Resolution „Abschalten: Jetzt.“**

Die SPD im Bezirk Braunschweig fordert:

- die gesamte Energiepolitik neu zu ordnen (aus Antrag U 3)
- den frühestmöglichen Atomausstiegszeitpunkt umzusetzen und sich dafür einzusetzen, dass wir so schnell wie möglich, die Atomkraftwerke in Deutschland abschalten und aus dieser gefährlichen Atomkrafttechnologie aussteigen. Die Ermittlung soll sich nicht an dem „alten Atomkonsens“ orientieren. Ein früherer Ausstieg aus der Atomkrafttechnologie als nach dem „alten Atomkonsens“ ist anzustreben. (aus Antrag U2)
- die sofortige Rücknahme der Laufzeitverlängerung in Deutschland,
- die schnellstmögliche Anpassung der Sicherheitsstandards aufgrund der Erfahrungen der Katastrophe in Japan,
- die Entwicklung eines zügigen Ausstiegsszenarios in Europa und den Umbau von EURATOM für diesen Ausstieg
- die Unterstützung von Entwicklungs- und Schwellenländern beim Aufbau von regenerativen Energien als Alternative zur Atomenergie,
- die ergebnisoffene Endlagersuche in Deutschland und Europa sofort zu beginnen.

## **U 4 Atommülllager Asse II – Strukturierte, gut geplante Rückholung des Atommülls!**

Die SPD Bundestagsfraktion soll weiterhin intensiv das Thema Rückholung des Atommülls aus Asse II begleiten.

Für die Rückholung ist ein strukturierter Gesamtplan, in dem die Abhängigkeiten der Gewerke und die Plandaten enthalten sind überfällig und muss erstellt werden.

Wir fordern ein professionelles Planungsteam für dieses große Projekt als Grundvoraussetzung zum Gelingen der Rückholung des Atommülls aus Asse II.

### **Begründung:**

Die Gefahr eines Absaufens des Schachtes Asse II, ist heute noch genau so groß wie seit 1988 (Laugenzufluss von ca. 12.000 Liter / Tag, der Kontakt zum Deckgebirge / Grundwasser hat).

Die Endlagerung von Atommüll in Asse II ist nicht genehmigungsfähig, da ein Langzeitsicherheitsnachweis nicht erbracht werden kann.

Sollte der Atommüll im Schacht Asse II verbleiben, durch Absaufen oder Verfüllung, führt dies zu einer radioaktiven Verseuchung der Umwelt.

Ein sicheres Leben in der Umgebung von Asse II wäre dann auf Dauer nicht möglich.

Prognosen zur Gebirgsmechanik von Asse II existieren zurzeit nur bis zum Jahr 2020. Eine Neuberechnung der Gebirgsmechanik wird es erst in ein paar Jahren geben.

Das heißt, wir haben bei Asse II nicht unendlich viel Zeit, im Gegenteil!

Bei derartigen Großprojekten mit engem Zeitrahmen, ist eine zügige und sorgfältige logistische Bearbeitung der Rückholung des Atommülls aus Asse II erforderlich.

Unter diesen Voraussetzungen, ist für die Rückholung des Atommülls aus Asse II, ein sehr gut strukturierter Gesamtplan (Netzplanung) und ein professionelles Planungsteam mit Controlling erforderlich.

Hier nur einige Beispiele die in der Planung berücksichtigt werden müssen:

Planungszeiten, Abhängigkeiten, Anträge, Genehmigungszeiten, Abstimmung mehrerer Behörden / Ministerien, viele Einzelprojekte wie z.B. ein zweiter Schachtbau, die Bereitstellung der Abschirmbehälter, die ferngesteuerten Maschinen, die für den Schacht

Asse II und der Rückholung angepasst werden müssen, die Planung und Einrichtung des Zwischenlagers, etc.

## **U 5 Asse II Entschädigungsfond**

Die SPD Landtagsfraktion und SPD Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich mit der Thematik eines Asse II –Entschädigungsfond, insbesondere für die Samtgemeinde Asse und den Landkreis Wolfenbüttel zu beschäftigen. Die für die Samtgemeinde Asse und für den Landkreis Wolfenbüttel entstandenen und entstehenden Imageschäden, führen zu zusätzlichen finanziellen Belastungen.

## **U 6 Schacht Konrad**

Unabhängig davon, dass die SPD im Bezirk Braunschweig unverändert eine Atommüllendlagerung in Schacht Konrad ablehnt, erwartet sie von der SPD-Bundestags- und –landtagsfraktion in Niedersachsen, dass sie sich für eine Neubewertung des Endlagerstandortes Konrad einsetzen.

## **U 7 Sammelausschreibungen für regenerative Stromlieferungen**

Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass es Kommunen zukünftig möglich ist, sich an Sammelausschreibungen für regenerative Stromlieferungen zu beteiligen, um auch hier in Deutschland produzierten Ökostrom beziehen zu können.

### **Begründung:**

Es ist Kommunen derzeit nicht möglich für ihre kommunalen Einrichtungen ökologischen, in Deutschland erzeugten Strom über Sammelausschreibungen ihrer Spitzenverbände zu beziehen. Begründet wird dies damit, dass regenerativ produzierter Strom in Deutschland bereits staatlicher Förderung unterliegt. Strom, welcher bereits über EEG oder KWKG gefördert oder vergütet worden ist, darf nicht, obwohl er den Rechtfertigungsgrund - zusätzlicher Nutzen für die Umwelt – erfüllt, in eine Sammelausschreibung einfließen, da er hier durch erwähnte Förderung, Wettbewerbsvorteile gegenüber „normalem“ Strom hätte. (Kriterien des Bundesumweltministeriums nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes).

Alternativ bleibt Kommunen zurzeit nur die Möglichkeit, ökologisch erzeugten Strom aus dem Ausland zu beziehen.

Dies ist in dieser Form keineswegs zu akzeptieren, da auch konventionell erzeugter Strom, wie z.B. aus Kernkraftwerken oder Kohlekraftwerken, Förderungen des Bundes in Form von Subventionen erhält.

## **U 8 Massentierhaltung / Hähnchenmastanlagen**

Der SPD-Bezirk Braunschweig lehnt den Bau von geplanten Hähnchenmastanlagen in unserer Region und im Speziellen zwischen Langelsheim und Bredelem ab.

Der SPD-Bezirk Braunschweig fordert die SPD-Abgeordneten im Landtag, Bundestag und Europäischen Parlament auf, sich für ein Verbot von Agrarfabriken, bessere Nutztierhaltungs-Verordnungen und die Förderung der Zukunftsmärkte einer „artgerechten Tierhaltung auf Bauernhöfen und in lebendigen Regionen“ einzusetzen.

Es sollen keine direkten oder indirekten Subventionen für agroindustrielle Tierhaltungsanlagen gezahlt werden und die damit zusammenhängende Infrastruktur und Verarbeitung soll nicht gefördert werden.

Für den Betrieb und Bau solcher Anlagen müssen die gleichen strengen Umweltauflagen gelten wie für industrielle und gewerbliche Unternehmen.

Der Bau agroindustrieller Mastanlagen (bodenunabhängige Tiermast) muss von der Privilegierung als "landwirtschaftliche Anlagen" nach § 35 Bundes-BauGB ausgeschlossen werden!

### **Begründung:**

Die Ablehnung basiert ausdrücklich vor dem Hintergrund der jetzigen und in der Zukunft noch wachsenden Überproduktion von Geflügelfleisch in Deutschland und Europa. Die ungezügelte, industrielle Massentierhaltung darf nicht weiter betrieben werden und ist überhaupt nicht mit dem Tierschutz vereinbar.

## **B 1 Resolution - Stabile und nachhaltige Zukunftschancen für Kinder, Jugendliche und Familien schaffen – durch mehr und bessere Bildung und Erziehung.**

Bildung ist die große soziale Frage unsere Zeit. Die Ergebnisse der PISA – und IGLU Studien sowie die Untersuchungen der Bertelsmann-Stiftung und der OECD haben für Deutschland gravierende Mängel und Defizite im Bildungssystem deutlich gemacht. Deutschland ist im Vergleich zu zahlreichen Staaten in Europa und der Welt in den Bereich der Mittelmäßigkeit abgesackt. Die Folgen der unzureichenden Bildungspolitik sind für den einzelnen Menschen, für Familien und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie auch für unsere Volkswirtschaft katastrophal.

Die über 40 Jahre andauernde bildungspolitische Reformdebatte muss endlich beendet werden. Kinder, Jugendliche, Familien, Pädagogen, Lehrer sowie der Bund, die Länder und die Kommunen benötigen eine differenzierte, intelligente und überschaubare Schulstruktur mit Rahmenbedingungen, die allen Beteiligten eine positive und langfristige Zukunftsperspektive eröffnet und den Schulfrieden sichert.

Um diesen Zielen umfassend gerecht zu werden, sind bei allen Strukturveränderungen und gesetzlichen Initiativen auch die absehbaren und prognostizierten Auswirkungen des demographischen Wandels zu berücksichtigen.

Die SPD im Bezirk Braunschweig beteiligt sich aktiv an der Weiterentwicklung unserer Region. Für eine positive Entwicklung ist es aber unabdingbar, dass die Bildungsangebote für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Familien optimal sind.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen die Kommunen, das Land und der Bund ihre Anstrengungen und Leistungen erheblich verstärken.

Die SPD im Bezirk Braunschweig hält es daher für dringend notwendig, dass folgende Forderungen politisch umgesetzt werden:

### **Kommunen**

1. Bedarfsgerechte Angebote der Kindertagesstätten, so dass genügend Plätze in Krippen, Kindergärten und Hortgruppen vorhanden sind.
2. Abschaffung der Kindergartengebühren.
3. Sprachförderung und verbesserte Integrationsmaßnahmen in allen Bereichen des Bildungswesens.
4. Kleinere Kita-Gruppen.
5. Umwandlung der Kitas in Familienzentren und Schaffung von Bildungsbüros.
6. Das letzte Kindergartenjahr wird verpflichtend für alle Kinder.
7. Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe initiieren.
8. Flächendeckende Ganztagsangebote für alle allgemeinbildenden Schulen. Eines der Ganztagsangebote soll das Angebot einer kostenfreien Nachhilfe sein.
9. Schaffung von Gesamtschulen, wo Eltern und Schulträger dies wünschen, damit jedes Kind, dessen Eltern es wünschen, einen Platz in einer Gesamtschule bekommt.
10. Gesundes und kindgerechtes Mittagessen an allen allgemeinbildenden Schulen.

11. Eine kommunale Bildungsplanung muss verbindlich werden.
12. Weiterentwicklung der beruflichen Bildung mit Schwerpunktsetzungen in verschiedenen Bereichen der Region.
13. Förderung von Ausbildungsverbänden in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft.
14. Förderung und Ausbau von Fort- und Weiterbildungsangeboten für alle Altersgruppen in Kooperation zwischen den Volkshochschulen, den Hochschulen, der Wirtschaft und den öffentlichen Diensten.

### **Land Niedersachsen**

1. Mitfinanzierung der Gebührenfreiheit in Kindertagesstätten.
2. Genehmigung von Gesamtschulen wo Eltern und Schulträger diese wünschen und Senkung der Einführungsstandards für Gesamtschulen.
3. Steigerung der Personal- und Sachkostenfinanzierung für Ganztagschulen zur Senkung der kommunalen Belastung.
4. Erhalt des freien Elternwillens bei der Schulauswahl.
5. Keine Selektion ab Klasse 5; stattdessen längeres gemeinsames Lernen.
6. Inklusion an allen Schulen.
7. Schulsozialarbeit an allen Schulen.
8. Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe fördern.
9. Stufenweise Einführung kleinerer Klassen.
10. Abitur wahlweise nach Klasse 12 und 13 ermöglichen.
11. Einstellung von mehr Lehrern mit Migrationshintergrund.
12. Wesentliche Steigerung des Angebots an Sprach- und Integrationskursen.
13. Abschaffung der Studiengebühren.
14. Weiterer Ausbau der Universitäten, Fachhochschulen und Forschungsstätten und Förderung des Technologietransfers.
15. Stärkung der kommunalen Verantwortung für Bildung.
16. Ein 2-Säulenmodell aus Gesamtschulen und Gymnasien, die gleichberechtigt zum Abitur führen.

### **Bundesrepublik Deutschland**

1. Steigerung der Finanzierung der Bildungsausgaben durch schrittweise Förderung des Bundes an die Länder und Kommunen auf jährlich 10 Milliarden Euro.
2. Schaffung eines Sondervermögens für die Mittel die zur Finanzierung der Bildungsausgaben dienen sollen, um mittelfristige Planungssicherheit zu erreichen.
3. Abschluss eines „Nationalen Bildungspakts“ zwischen Bund, Ländern und Kommunen zur Steuerung und Koordinierung der Bildungs- und Integrationsaufgaben.
4. Schaffung des Rechtes auf einen Schulabschluss und auf Ausbildung.
5. Stufenweise Steigerung des Bafög statt Eliten-Stipendien.
6. Initiierung einer „Integrationspolitischen Generalreform“ in deren Rahmen der Bund, die Länder und die Kommunen die notwendigen Integrationsmaßnahmen, die Aufgabenverteilung und die Finanzierung vereinbart.

### **Aufgaben an die Wirtschaft**

1. Bereitstellung von genügend Ausbildungsplätzen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

2. Begleitung und Steuerung der Ausbildungsanstrengungen durch die IHK und die Handwerkerverbände.
3. Ausbau der innerbetrieblichen und überbetrieblichen Fort- und Weiterbildung sowie Weiterführung der großen Anstrengungen im Bereich der Aus- und Fortbildung.

Die Kommunalpolitiker der SPD sowie die SPD Fraktionen in Niedersachsen und im Bund werden aufgefordert diese Forderungen durch geeignete Initiativen politisch zu unterstützen und umzusetzen.

### **B 3 Unentgeltliche Berufspraktika abschaffen**

Die SPD Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass unentgeltliche Berufspraktika abgeschafft werden.

### **B 4 Abschaffung der Mehrwertsteuer für Schulmensaessen**

Die SPD wird die gesetzlichen Initiativen ergreifen, dass die Mehrwertsteuer für Schulmensaessen abgeschafft wird und dies Essen somit dem Mensaessen für Studierende steuerrechtlich gleichgestellt wird.

#### **Begründung:**

Es ist nicht nachvollziehbar, dass das Mensaessen für SchülerInnen steuerrechtlich anders behandelt wird als das Mensaessen für Studierende. Des Weiteren ist aus sozialpolitischen Gründen eine Abschaffung der Mehrwertsteuer für Schulmensaessen wichtig.

## LP 1 Erhalt der Stichwahlen

Die niedersächsische Regierung und Landtagsmehrheit hat die Stichwahlen bei Bürgermeister und Landräten abgeschafft. Gewählt soll sein, wer im ersten – und einzigen – Wahlgang die meisten Stimmen gewinnt. So kann ein Kandidat auch schon mit 20 bis 30 Prozent Bürgermeister werden – für acht Jahre. Dieses Amt verlangt aber eine mehrheitliche Unterstützung und Anerkennung! Deshalb müssen die Stichwahlen erhalten bleiben.

Begründung:

Beide Maßnahmen zielen nur darauf ab, die spezifischen Schwächen von CDU und FDP bei den Kommunalwahlen zu beseitigen. Die CDU verspricht sich parteipolitischen Profit, weil die CDU-Kandidaten bei den meisten Stichwahlen in der Vergangenheit den Kürzeren gezogen haben. Die FDP erhofft sich Vorteile von größeren Wahlbereichszuschnitten, weil sie nur wenige Kandidaten aufbieten kann.

Bei jeder vierten Direktwahl gab es im Kommunalwahljahr 2006 im ersten Wahlgang keinen klaren Sieger. Wenn ein zweiter Wahlgang stattfindet, erhöht das die Legitimation.

Das Sparen an der Demokratie aus Kostengründen sorgt dafür, dass Menschen sich abwenden.

Ohne die Stichwahlen gäbe es in Niedersachsen Bürgermeister bzw. Landräte, die für ihre achtjährige Amtszeit keine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hinter sich haben.

Die Stichwahl ist nach dem Willen der niedersächsischen Landesregierung gefallen, weil in 35 Prozent der Fälle die Zustimmung aller Wahlberechtigten für den Gewinner der Stichwahl geringer war als für den Erstplatzierten des ersten Wahlganges.

Keine Stichwahl bedeutet, es regiert hier ein Minderheitenkandidat, ein schlechtes Signal in Zeiten zunehmender Politikverdrossenheit.

## **O 3 Wahl von Delegierten und Ersatzdelegierten für den Bundesparteitag**

Der SPD-Bezirk Braunschweig fordert die Änderung des SPD-Parteistatuts in § 15 (1), so dass die Wahl der Delegierten für den Bundesparteitag durch die Unterbezirke und den Bezirk erfolgen kann. Die auf den Bezirk entfallenden Delegierten zum Bundesparteitag werden dabei so aufgeteilt, dass jeder Unterbezirk ein Delegierten- und ein Ersatzdelegiertenmandat erhält und die Restzahl auf den Bezirk entfällt .

## **SAe 1 Satzungsänderung**

Änderung der Bezirkssatzung in **§16 Abs. 1**

Der Bezirksvorstand besteht aus dem bzw. der Bezirksvorsitzenden, **bis zu vier** stellvertretenden Bezirksvorsitzenden, dem der Schatzmeister/in und **bis zu 13** weiteren Mitgliedern.